

Geschäftsführung
Verkehrsausschuss

Es informiert Sie	Angelika Sauer
Telefon (0202)	563 66 28
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Angelika.Sauer@stadt.wuppertal.de
Datum	15.11.2001

Niederschrift

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.10.2001

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Müller

von der CDU-Fraktion

Herr Asbeck

Herr Bartsch

Herr Brakelmann

Frau Winterhager

von der SPD-Fraktion

Herr Blume

Herr Dittgen

Frau Dudda-Dillbohner

Herr Roß

Herr Wülfing

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Gehrenbeck

von der FDP-Fraktion

Herr Jonas

als sachkundige Einwohner

Herr Beer

Herr Hoffmann

Herr Kraft

von der Verwaltung

Herren Beig. Bayer (bis 17.25 Uhr, TOP 6).

Bronold, Behr, Blöser und Frau Reichl (104)

Herren Beig. Hackländer und Vorsich (302)

Von der Presse

Herren Behr (WDR) und Melneczuk (WZ)

Schriftführerin:

Frau Sauer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Busspur Morianstraße** **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Behr führt aus, die Verkehrsplanung sei vor längerer Zeit im Arbeitskreis Verkehr abgestimmt worden. Durch Personalwechsel sei bei der jetzigen Umsetzung die damalige Sachlage nicht mehr präsent gewesen. Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit seien erst nach Markierung der Busspur zutage getreten. Da es nach Auffassung der WSW nicht hinnehmbar sei, dass sich Busse und Individualverkehr in der Einfahrt Hofaue kreuzten, sei vor der Inbetriebnahme der Busspur diese in eine Rechtsabbiegespur umgewandelt worden. Die Fehlerbehebung sei ohne großen Aufwand durch Änderung der Fahrbahnmarkierung erfolgt.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

2 **Einführung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung** **Vorlage: VO/0247/01**

Herr Stv. Dittgen lehnt die städtische mobile Geschwindigkeitsüberwachung aus Verkehrssicherheitsgründen ab. Seiner Auffassung nach handle es sich um reines Abkassieren der Autofahrer, zumal nach dem Verkehrsverstoß nicht ein direktes Anhalten und eine Belehrung erfolgen würden. Seit Aufstellung der Starenkästen seien die Unfallzahlen zurück gegangen. Er bittet zur nächsten Sitzung um Mitteilung über die Höhe der Einnahmen von den verschiedenen Starenkastenstandorten

Herr Kraft kann die Ablehnung nicht nachvollziehen. Mit einem Messwagen könne man sehr schnell auf Unfallschwerpunkte reagieren. Das Material der Polizei sei veraltet, er sagt jedoch eine personelle Unterstützung im Hinblick auf direktes Anhalten, was derzeit nur in Ausnahmefällen geschehe, zu.

Herr Jonas spricht sich für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung aus, da dadurch die Verkehrssicherheit erhöht werde. Seine Frage nach Standorten von Starenkästen vor Kindergärten und Altenheimen wird von **Herrn Vorsich** verneint. Die Starenkästen vor den Schulen sollten erhalten bleiben, die Grundschule Hainstraße sei in der Drucksache irrtümlich nicht aufgeführt.

Herr Widmann begrüßt die Möglichkeit der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung als weitere Maßnahme zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. In der Regel stünden Starenkästen nur vor Grundschulen, er nehme jedoch den Prüfauftrag mit, ob die Aufstellung vor weiterführenden Schulen sinnvoll und notwendig sei.

Herr Beig, Hackländer verweist auf die in umliegenden Städten bereits praktizierte kommunale mobile Geschwindigkeitsüberwachung. Die Messstellen würden über die Medien bekannt gegeben. Der Einnahmerückgang bei den Starenkästen von 50% korrespondiere nicht mit der Unfallhäufigkeit.

Lt **Frau Stv. Dudda-Dillbohner** müsse die Unfallkommission die Entscheidung über den jeweiligen Verbleib von Starenkästen fällen. Die mobile Geschwindigkeitsmessung sei in dem geplanten Umfang nicht wirksam genug.

Der Vorsitzende regt an, die Beschlussfassung der Drucksache zurückzustellen. Die Einführung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung sei mit dem Abbau der Starenkästen gleichzusetzen. Der Messwagen sei ausnahmslos an Unfallschwerpunkten einzusetzen. Zu klären sei, wie die geplante Mitteilung an die Medien über die Messpunkte geschehe. Vor der Gesamtschule An der Blutfinke sei zubeachten, dass der richtige Starenkasten entfernt werde. Die Beibehaltung des Standortes an der Steinbeck sei im Hinblick auf die in der Nähe gelegenen Schulen zu überlegen. Weiter seien mögliche Standorte vor Kindergärten und Schulen zu prüfen.

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:

Die Beschlussfassung über die Drucksache wird zurückgestellt.
Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung verschiedene Prüfaufträge zu

erledigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3 Dritte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten im Gelegenheitsverkehr mit den in der Stadt Wuppertal zugelassenen Taxen (Taxentarif)

Vorlage: VO/0323/01/S

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, die in der Begründung zu dieser Vorlage vorgeschlagene Erhöhung des Taxentarifes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

4 Aufstellung von Werbeanlagen im Stadtgebiet

Nach Mitteilung von **Herrn Schlieper** könne der Werbepartner der Stadt noch eine bestimmte Anzahl von Werbeanlagen aufstellen, um den Vertrag zu erfüllen. Werbeanlagen über 1 qm seien genehmigungspflichtig. Diese Bauanträge würden jeweils in einem Team, in dem jedes beteiligte Ressort vertreten sei, beraten. Die Bedenken und Anregungen der Fachverwaltung würden in die Genehmigung oder Versagung einfließen. Im letzten Monat seien 460 Werbeanlagen beantragt worden.

Herr Bronold teilt mit, Ressort 101 erstelle zur Zeit ein Kataster über bestehende Werbeanlagen. Am 24.10.01 werde ein Gespräch über die grundsätzliche Frage der Gestaltung der Talachse geführt. Der Verkehrsausschuss bittet, über das Gesprächsergebnis unterrichtet zu werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
Zu nächsten Sitzung wird ein Bericht über die aktuelle Situation erbeten.

5 Maßnahmen zur Kindersicherheit

Herr Widmann berichtet von den durchgeführten Aktionen wie Anhalteaktionen vor Schulen, Auslegen des Anhalteteppichs, Sicherheitsaktionen mit Polizei und BGS zur Verhütung von Querungsunfällen, Holzkinderaufstellungen und der Crash-Vorführung Notbremse auf dem Laurentiusplatz. Alle Aktionen würden mit Landeszuschüssen und knapper Personaldecke durchgeführt. Bundesmittel habe man bisher nicht in Anspruch genommen, da aufgrund der personellen Situation lediglich die Verarbeitung der Landesmittel möglich sei. Zur Frage des **Vorsitzenden**, ob weitere Haushaltsmittel benötigt würden, käme lt. **Herrn Widmann** evtl. der Ersatz einiger Holz Kinder in Frage. Eine entsprechende Auflistung liegt dem Protokoll bei. Zur Frage nach der Zusammenarbeit mit den Schulen bzw. Eltern führt er aus, dass eine Mitarbeiterin des Schulamtes im Verkehrsteam vertreten sei, der Rücklauf aber dennoch relativ bescheiden sei. **Herr Kraft** bestätigt hier die Verbesserungswürdigkeit. Die aktuelle Zahl der verunglückten Kinder liege derzeit 10% unter der üblichen Zahl.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

6 Klassifizierung der Friedrich-Ebert-Straße

Herr Widmann erinnert zunächst an den Ratsbeschluss vom 27.01.92 zu den sog. Grundnetzstraßen (Typ 1 in Zuständigkeit des Rates, Typ 2 in Zuständigkeit der Bezirksvertretungen) in Verbindung mit Tempo-30-Zonen. Da in dieser Vorlage die Friedrich-Ebert-Straße nicht aufgeführt war, sei dem Verkehrsausschuss eine ergänzende Vorlage, die Friedrich-Ebert-Straße als Tempo-30 Zone ins Grundnetz aufzunehmen, vorgelegt worden. Die Klassifizierung des Straßenzugs Hofkamp/ Friedrich-Ebert-Straße/ Neumarktstraße als Kreisstraße (K 9) sei mit Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße verändert worden. Die Bezirksregierung habe die Auffassung der Stadt geteilt, dass die K 9 keine überörtliche Bedeutung habe, sondern nur innerörtlichen und Andienungsverkehr beinhalten solle.

Zu beachten sei, dass Hauptverkehrsstraßen immer eine Anbindung an eine klassifizierte Straße haben müssen.

Frau Reichl erläutert, die jeweilige Zuständigkeit von Rat oder Bezirksvertretungen sei unabhängig von der landesrechtlichen Klassifizierung von Straßen zu betrachten.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

-
- 7** **Grünpfeilregelungen**
Vorlage: VO/0179/01
Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
Der Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird gebeten, die 7 von Herrn Widmann als kritisch bewerteten Standpunkte noch einmal zu überprüfen und zur nächsten Sitzung einen Bericht zu fertigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.
-
- 8** **Fußgängerüberweg Katernberger Straße**
Vorlage: VO/0328/01/S
Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
Die Einrichtung des Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) in der vorgeschlagenen Form wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.
-
- 9** **Rückzahlung zuviel erhaltener Landeszuwendungen für die Industrieerschließung Gruitener Straße (Schrotzberg)**
Vorlage: VO/252/01/A
Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
Die Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.
-
- 10** **Abweichungssatzung für die Otto-Kreitz-Straße**
Vorlage: VO/0273/01/S
Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
Dem Rat der Stadt wird empfohlen, die Satzung für die Otto-Kreitz-Straße über die teilweise Abweichung von den Merkmalen der endgültigen Herstellung gemäß dem beiliegenden Entwurf (Anlage 1) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.
-
- 11** **Unfallsschwerpunkt Blankstraße / Augustastraße / Brüningstraße / Lischkestraße**
Vorlage: VO/0274/01/S
Frau Stv. Winterhager bittet, in Gesprächen mit der Barmenia die gefährliche Parkhauszufahrt an der Ecke Blankstraße/ Ronsdorfer Straße zu thematisieren.
Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
Die Durchführung der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Blankstraße / Augustastraße / Brüningstraße / Lischkestraße wird zu Kosten in Höhe von 80.000,00 DM beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

-
- 12** **Anlegung von Parkflächen auf dem Westring zwischen Stackenbergstraße/ Ehrenhainstraße und Brucher Straße**
Vorlage: VO/0245/01/A
- Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
- Auf dem Westring zwischen Stackenberg Straße/Ehrenhainstraße und Brucher Straße werden Parkflächen angelegt und die Fahrbahnaufteilung verändert.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit.
-
- 13** **Anlegung einer Busbucht an der Ronsdorfer Straße 117 (Haltestelle Kluser Höhe).**
Vorlage: VO/0271/01
- Frau Reichl** weist darauf hin, dass die Ronsdorfer Straße mit Zuwendungsmitteln gebaut worden ist. Da die Bindefrist von 25 Jahren noch nicht abgelaufen sei, zahle das Land derzeit keine weiteren Änderungen.
- Herrn Dr. Hoffmann** sieht keine Notwendigkeit für die Anlegung einer Busbucht.
- Herr Stv. Brakelmann** schlägt vor, dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Sollte diese Maßnahme nicht funktionieren, könne man im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Busbucht erneut thematisieren.
- Herr Jonas** empfindet ein Überholen der Busse als zu gefährlich.
- Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
- Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit.
-
- 14** **Neueinrichtung einer Bushaltestelle in der Viehhofstraße im Zuge der Linie 623 hier: Haltestelle "Am Arrenberg"**
Behindertengerechter und fahrgastfreundlicher Ausbau der Haltestelle.
Vorlage: VO/0284/01/S
- Die **SPD-Fraktion** spricht sich für eine Beschlussfassung vorbehaltlich der BV aus.
- Die **CDU-Fraktion** möchte das Angebot der BV Elberfeld zur Durchführung einer gemeinsamen Ortsbesichtigung wahrnehmen. Nach Auffassung von **Herrn Stv. Müller** gehe es nicht um behindertengerechten Ausbau, sondern die Verlegung der Endhaltestelle. Lt. **Herrn Dr. Hoffmann** solle die Abfahrthaltestelle vor der Villa Media auch Endhaltestelle werden.
- Bezüglich der Einmündung Viehhofstraße / Ecke Neviandtstraße fragt **Herr Stv. Müller**, wieso dort kein Funkbakensystem installiert sei.
- Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:
- Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.
Zunächst wird eine Ortsbesichtigung mit der BV Elberfeld durchgeführt.
- Abstimmungsergebnis:**
- Einstimmigkeit.

**15 Umbau der Haltestelle 8 W'tal Hbf.
Vorlage: VO/0321/01/S**

Nach Auffassung von **Herrn Stv. Müller** würde derzeit lediglich die rechte Spur voll ausgenutzt. Falls die Aufstellspur verkürzt werde, könne dies zu Rückstaus führen. Er schlägt vor, zunächst einen Verkehrsversuch durchzuführen, um anschließend eine fundierte Entscheidung fällen zu können.

Falls es zu einem starken Rückstau komme, seien die Sprecher des Verkehrsausschusses kurzfristig zu informieren und der Verkehrsversuch abubrechen.

Herr Stv. Gehrenbeck regt an, den Bürgersteig bis zu den Treppen zu erweitern.

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 23.10.2001:

Die Verwaltung wird gebeten, den Bereich zunächst als Verkehrsversuch provisorisch herzurichten.

Der zusätzliche Haltestellenbereich soll bis auf Bordsteinniveau aufgefüllt werden, damit keine zusätzlichen Stolperkanten entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

„Müller“
Vorsitzende/r

Sauer
Schriftführer/in

Dittgen
Stadtverordneter

Bayer
Beigeordneter